

Solidarität mit Israel – Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Beschluss vom digitalen Deutschlandrat der Jungen Union Deutschlands

am 22. Mai 2021

Die Junge Union Deutschlands bekräftigt ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Staat Israel und der Zivilbevölkerung, die durch den Terror der Hamas angegriffen und in Geiselhaft genommen wird. Wir verurteilen die von der Terrororganisation Hamas ausgehende Gewalt gegen die Bevölkerung in Israel ebenso wie in den palästinensischen Gebieten auf das Schärfste und begrüßen die Waffenruhe, die in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 2021 in Kraft getreten ist.

Die Sicherheit und das Selbstverteidigungsrecht Israels sind deutsche Staatsräson. Wir fordern darum alle Parteien des Deutschen Bundestages, ihre Abgeordneten und ihre Repräsentanten auf, sich bedingungslos und unmissverständlich zum Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels zu bekennen sowie bedingungslos und unmissverständlich gegen jede Form von Antisemitismus einzutreten.

Die Junge Union Deutschlands verurteilt den Missbrauch des Demonstrationsrechts in Deutschland für antisemitische Thesen, Symbole und Hasstiraden. Wird das Demonstrationsrecht für antisemitische Kundgebungen missbraucht, ist ein konsequentes Vorgehen der Behörden bis hin zur Auflösung von Demonstrationen erforderlich. Ebenso müssen jegliche Gewalt gegen Synagogen sowie Aufrufe dazu strafrechtlich konsequent verfolgt und geahndet werden. Dies umfasst auch das Zeigen antisemitischer und terroristischer Symbole. Wir unterstützen daher die Forderung, die Flagge der Hamas in Deutschland zu verbieten.

Auch in den sozialen Medien hat Antisemitismus eine neue Dimension und Reichweite erreicht. Als Junge Union treten wir dem entschieden entgegen und rufen zum offenen und klaren Widerspruch auf, wenn beispielsweise Influencer in sozialen Medien Judenhass betreiben und verbreiten.

Es ist ein untragbarer Zustand, dass jüdisches Leben in Deutschland oft nur unter Polizeischutz stattfinden kann. Die gesamte Zivilgesellschaft ist gefragt, für ein freies, offenes und ohne Sicherheitsmaßnahmen mögliches jüdisches Leben in Deutschland einzutreten. Um das Bewusstsein für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus zu schärfen, sollte jeder Schüler in Deutschland in seiner Schulzeit verpflichtend eine NS-Gedenkstätte besucht haben. Zudem müssen Schulpartnerschaften zwischen Deutschland und Israel vorangetrieben und ausgebaut werden.

Die Junge Union wird zur Information und zum Dialog zwischen den Religionen ihren Beitrag leisten. Wir werden daher eine jährliche Veranstaltung gegen Antisemitismus ins Leben rufen. Zudem ermutigen und unterstützen wir unsere Verbände vor Ort, Gedenkveranstaltungen im In- oder Ausland oder Dialogveranstaltungen mit jüdischen Gästen zu organisieren.